

Dreiste Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für bürgerliche Parteien beschlossen – Ein Grund mehr, dass diese Regierung zurücktreten muss!



Foto: Pixhere

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mitte Juni beschloss die große Koalition im Bundestag aus CDU/CSU und SPD eine drastische Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für bürgerliche Parteien. Diese Gelder werden um satte 28 Millionen Euro auf 190 Millionen Euro im Jahr 2018 angehoben – eine Steigerung um über 17 Prozent! Würden Arbeiter eine solche Einkommenserhöhung fordern, das Geschrei der bürgerlichen Parteien wäre nicht zu überhören! Die Berliner Parteien dagegen bedienen sich einfach selber. Auch das gehört zur Rechtsentwicklung dieser Regierung, die sie in den letzten Monaten rasant ausbaut. Begründet wird das von Vertretern von CDU/CSU und SPD mit einem erhöhtem Bedarf an moderner Kommunikation und Sicherheit im Netz. Im Klartext heißt das: Sie wollen ihre Meinungsmanipulation ausbauen, weil die Menschen dieser Regierung massenhaft das Vertrauen aufkündigen. Wie groß muss die Not von CDU, CSU und SPD sein, wenn sie während der Fußball-Weltmeisterschaft solche Gesetze beschließen in der Hoffnung, dass viele Menschen ihren Griff in die Staatskasse nicht mitbekommen?

Unangefochten an der Spitze der legalen Selbstbereicherung aus Steuergeldern: die „GroKo“, die sich 2017 schon 109 Millionen Euro auszahlen ließ. Das waren über zwei Drittel des gesamten Topfs. Profitiert haben aber auch alle anderen Bundestagsparteien. Die AfD bekam satte 7,5 Millionen Euro. Mitte Juli beschloss die „GroKo“ die Erhöhung der Gelder für die Bundestagsfraktionen um 30 Prozent auf 112 Millionen Euro

jährlich. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, vergreifen sie sich noch mit 581 Millionen Euro aus Steuergeldern für die Parteistiftungen von CDU, CSU, SPD, Grünen, Linkspartei und FDP.

Die „Kritik“ der AfD bestand darin, der Erhöhung der staatlichen Parteizuschüsse zuzustimmen, aber nur in Höhe des „Kaufkraftausgleichs“. Für ihre neue Stiftung will die AfD 70 Millionen Euro Steuergelder abgreifen. Von wegen Protestpartei – Protest muss von links kommen!

Die MLPD als revolutionäre Arbeiterpartei lehnt eine staatliche Finanzierung von Parteien prinzipiell ab. Sie

Tabelle staatliche Parteienfinanzierung in Euro

Partei	Steuergeld 2017	Steuergeld 2018 (Prognose)
SPD	49.210.195,78	57.575.929
CDU	48.361.704,25	56.583.194
GRÜNE	15.819.010,95	18.508.243
Die Linke	12.200.789,91	14.274.924
CSU	11.779.090,46	13.781.536
FDP	11.746.087,12	13.742.922
AfD	7.548.879,14	8.832.189
FW Freie Wähler	1.649.478,31	1.929.890
NPD	852.333,72	997.230
11 weitere Parteien	2.635.947,36	3.031.339

Zahlen für 2017 aus „Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2017“ auf Bundestag.de/blob; Zahlen für 2018: eigene Berechnung

Attacke auf Geschäftsfähigkeit der MLPD zurückschlagen!

Die MLPD klagt am Donnerstag, 16. August, um 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Essen (Zweigertstraße 52) gegen die Deutsche Bank.

Im November 2017 hatten die Deutsche Bank und ihre 100-Prozent-Tochter Postbank zum dritten Mal Konten der MLPD gekündigt, nachdem notorische Verfechter der reaktionären, imperialistischen israelischen Regierungspolitik hier und in den USA öffentlich dazu aufgerufen hatten. In ihrem Schriftsatz rücken die Anwälte der Deutschen Bank die MLPD in den Verdacht einer Finanzierung von „Terrorismus“, was sie an der Solidarität der MLPD mit verschiedenen gerechten Befreiungskämpfen auf der Welt festmachen. Die Begriffe „Terror“ und „Terrorfinanzierung“ sind für das allein herrschende internationale Finanzkapital zentrale Kampfbegriffe gegen Revolutionäre und Marxisten-Leninisten.

Diese haltlose, ehrabschneidende und geschäftsschädigende Attacke lässt die MLPD nicht auf sich sitzen und bekam dazu viel Zuspruch und Solidarität! Die MLPD hat umgehend Klage eingereicht.

Stärkt der MLPD den Rücken – mit der Teilnahme am Prozess oder einer Spende für die Prozesskosten auf das Spendenkonto der MLPD bei der GLS-Bank:

IBAN: DE76 4306 0967 4053 3530 00

Stichwort: Rechtshilfe

finanziert sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden! Die MLPD kann man in ihrer Arbeit auch praktisch unterstützen – aktuell besonders für den Parteaufbau in Thüringen. Spendenkonto der MLPD bei der GLS-Bank: IBAN: DE76 4306 0967 4053 3530 00, Stichwort: „Thüringen“.

Und so funktioniert die völlig legale Selbstbereicherung aus Steuergeldern

Jährlich bekommt eine Partei für jede Wählerstimme aus Bundestags-, Landtags- und Europawahl – wenn sie mehr als 0,5 Prozent der Stimmen¹ erhält – 1 Euro, ab



4 Millionen Stimmen 0,83 Euro. Das Geld bekommt sie auch, wenn keine Wahlen stattfinden. Das ist Betrug, da real keine Wahlkampfkosten anfallen! Die CDU kam so für 2017 auf 26,8 Millionen Euro für ihre Wählerstimmen. Zusätzlich gönnen sich die Bundestagsparteien pro geflossene Parteispende 0,45 Euro. Bei der SPD macht das zum Beispiel 33,8 Millionen Euro. Beides – Geld für Wählerstimmen und Geld für Parteispenden – wird addiert und mit einer Obergrenze gedeckelt. Der Bundestag beschloss nun, diese Obergrenze um über 17 Prozent auszudehnen. Würde die Große Koalition bei kommenden Wahlen ähnlich schlecht abschneiden wie bei den letzten Wahlen – wovon man bei ihrer reaktionären krisengeschüttelten Politik ausgehen kann – hätte sie trotzdem 18,5 Millionen Euro mehr Einnahmen. Diese Politik ist ein weiterer Grund dafür, dass diese Regierung zurücktreten muss!

¹ bei Landtagswahlen mehr als 1 Prozent der Stimmen

Spenden nehmen auch gerne die Verteiler und andere Vertreter der MLPD entgegen

Klaus Dumberger
Parteigeschäftsführer



KONTAKT:
Zentralkomitee der MLPD
Telefon: 0209 95 19 40

E-Mail: info@mlpd.de
Web: www.mlpd.de

Rote Fahne Magazin der MLPD

Masterplan für eine kämpferische und fortschrittliche Flüchtlingspolitik

Ich bin verärgert, weil ich nicht...

Rote Fahne Magazin

Ich möchte

- Jahresabo normal (26 Ausgaben) 55,00 Euro
- Jahressozialabo (Begründung beifügen) 35,00 Euro
- Probeabo (2 Ausgaben, kostenlos) – endet automatisch

14-tägig 2,50 Euro auch als PDF (2 Euro)

Abgeben bei der MLPD oder bestellen bei www.people-to-people.de